

Flucht über den „Eisernen Vorhang“

Das Burgenland als Erstaufnahmeland im Kalten Krieg

Sarah Knoll

Abstract

Escape through the “Iron Curtain”. Burgenland’s Role in the Initial Intake of Refugees during the Cold War

The influx of refugees was a constant phenomenon during the Cold War, although the “Iron Curtain” primarily served to prevent this happening. The Austrian Republic was one of the first destinations escapees headed for, including the federal state of Burgenland, which lies on the border with Hungary. The article analyses comparatively the ramifications for Burgenland of the varying refugee movements from Hungary in 1956, the German Democratic Republic in 1989, and Romania in 1990. Placing this frontier region within a wider Austrian context, the author investigates if and how political responses and public reactions changed over time, as well as considering how the respective events are remembered.

Der „Eiserne Vorhang“ diente vorrangig dazu, Flucht aus dem kommunistischen Herrschaftsbereich zu verhindern, dennoch gehörten illegale Grenzüberschreitungen in den „Westen“¹ zur Normalität. Dabei endeten viele Fluchtversuche an den durch Minengürtel, Schießbefehl, Sperrzonen, Stacheldraht und Wachtürmen gesicherten Grenzen oft blutig oder tödlich.² Im direkt an die damalige Volksrepublik Ungarn angrenzenden österreichischen Bundesland Burgenland waren derartige Zwischenfälle Teil des Lebens in der Grenzregion. Per Auto, Lastwagen oder auch Strickleitern versuchten Menschen, die abgeriegelte Grenze zu überqueren. Wurden Flüchtende von den patrouillierenden Grenzwachern aufgegriffen, folgten oft Schüsse, die auch Unbeteiligte in Gefahr brachten. Spektakuläre Fluchtversuche fanden Eingang in die regionale Berichterstattung und trugen zur Ausbildung eines lokalen Gedächtnisses zur Flucht aus dem „Osten“ bei, gleichwohl die Zahl geglückter Unternehmungen gering war.³

Anders stellte sich das bei größeren Fluchtbewegungen nach Österreich dar, als bestimmte politische Konstellationen und Entscheidungen in den

1 Zwecks Verständlichkeit werden im Aufsatz die Begriffe „West“ und „Ost“ verwendet. Es ist darauf hinzuweisen, dass es sich bei diesen Begrifflichkeiten um politische und ideologische Konstruktionen handelt. Vgl. APPLEBAUM, Iron Curtain, S. XXVII.

2 Vgl. GÉMES, Grenze und Krisengebiet; KARNER, Halt.

3 Flüchtlingsjagd auf österreichischen Boden. In: Burgenländische Freiheit, 23.09.1956, S. 1; Provokationen am ungarischen Mordverhau. In: Burgenländische Freiheit, 04.06.1960, S. 4; Burgenländische Freiheit, 22.07.1966, Strickleiter für die Flucht, abgedruckt in: WENZL, 80 Jahre Burgenland, S. 291.

Staaten des „Ostblocks“ die Grenzsperrn brüchig werden ließen und Hundertausenden die Flucht ermöglichten: Dies geschah 1956, als im Zuge des kurzfristigen Abbaus der technischen Sperren am „Eisernen Vorhang“ um die 200 000 Ungar:innen das Land verließen. Es war 1968 der Fall, als die im „Prager Frühling“ beschlossenen Reiseerleichterungen nach dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts die Ausreise von tausenden Personen erlaubte. Durch die Liberalisierung der Passpolitik in den 1970er Jahren gelang zahlreichen Pol:innen die Ausreise, als sich 1981 die „polnische Krise“ zuspitzte. Der Abbau des „Eisernen Vorhangs“ 1989 führte schlussendlich zur Flucht tausender DDR-Bürger:innen sowie Rumän:innen über die österreichisch-ungarische Grenze.⁴ In den genannten Fluchtbewegungen war die Anzahl der Grenzübertretungen beziehungsweise der Asylsuchenden hoch und spezielle Unterbringungsmöglichkeiten mussten erst geschaffen werden. Die österreichische Öffentlichkeit und Bundesregierung betrachteten die Ereignisse als Herausforderungen. Sie markieren bis heute wichtige Referenzpunkte in der österreichischen Asyl- und Migrationsgeschichte.

Die erste Station auf der Flucht in den „Westen“ war für viele das jahrzehntelang am „Eisernen Vorhang“ gelegene Burgenland. Insbesondere die Fluchtbewegung aus Ungarn im Herbst 1956 und die Hilfsbereitschaft gegenüber DDR-Bürger:innen im Sommer 1989 haben sich tief in das Gedächtnis der Burgenländer:innen eingeschrieben und wurden Teil einer sowohl burgenländischen als auch österreichischen Erzählung über die uneingeschränkte Hilfsbereitschaft gegenüber politisch Verfolgten. Dass rumänischen Flüchtlingen im März 1990 Ablehnung aus großen Teilen der Bevölkerung entgegenschlug, geriet in der kollektiven Erinnerung hingegen weitestgehend in Vergessenheit.⁵

Der Aufsatz analysiert die Auswirkungen der Fluchtbewegungen aus Ungarn 1956, der DDR 1989 und Rumänien 1990 auf die Grenzregion Burgenland und bettet sie in einen gesamtösterreichischen Kontext ein. Neben der Darlegung der Maßnahmen, die im Umgang mit den Fluchtbewegungen ergriffen wurden, wird beleuchtet, ob und wie sich die Reaktionen von Politik und Öffentlichkeit im Lauf der Zeit verändert haben und wie Jahre später an die Ereignisse erinnert wurde.

Der Aufsatz stützt sich neben einer Auswahl an Literatur und Erinnerungsbänden, die im Burgenland herausgegeben wurden, auf Zeitungsartikel und Archivmaterial aus dem Österreichischen Staatsarchiv (ÖStA), dem Archiv der Landespolizeidirektion Burgenland und dem burgenländischen Landesarchiv. Die Unterlagen aus dem burgenländischen Landesarchiv umfas-

4 GRAF/KNOLL, Das Ende eines Mythos.

5 Zur regionalen Darstellung der Ereignisse im Burgenland, welche die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung betonen, sh. BAYER (Hg.), Vom Traum zum Trauma; GÁAL (Hg.), 1956 und das Burgenland; BACHKÖNIG, Heimat; DERS, Sommer 1989; als kritische Einordnung der Hilfsbereitschaft sh. KNOLL, Flucht ins Burgenland.

sen ausschließlich Unterlagen zur Fluchtbewegung aus Ungarn 1956. Zu den Fluchtbewegungen aus der DDR und Rumänien 1989/90 sind dort keine Materialien überliefert.⁶

1956: Ungarische Flüchtlinge im Burgenland

Eine erste große Bewährungsprobe für Österreich nach Ende der Besatzungszeit 1955 war die Fluchtbewegung aus Ungarn 1956. Mit Blick auf die Proteste in Polen im Juni 1956 wurden die Forderungen nach einem Ende der Einparteienherrschaft der Partei der Ungarischen Werktätigen (*Magyar Dolgozók Pártja*, MDP) und nach Einführung demokratischer Strukturen in Ungarn immer lauter. Die Massenproteste gipfelten am 23. Oktober 1956 in einer Revolution, die weite Teile des Landes erfasste und zur Bildung einer Mehrparteienregierung unter Imre Nagy führte.⁷ Ab dem 4. November 1956 schlugen die sowjetischen Truppen die Revolution blutig nieder und eine Fluchtbewegung setzte ein, die zu Beginn viele Ungar:innen ins Burgenland brachte.⁸

Möglich wurde die Flucht, da Ungarn erstmalig die technischen Grenzsperrn zu Österreich abgebaut hatte: Auf Beschluss des Politbüros der MDP vom 9. März 1956 wurde im Mai 1956 mit den Abbauarbeiten begonnen. Ein effektiver Grenzschutz sollte fortan durch Grenztruppen erfolgen. Hintergrund der Entscheidung war das Bestreben der ungarischen Führung im Zuge der Tauwetter-Periode in der sowjetischen Außenpolitik nach Stalins Tod 1953, das Nachbarschaftsverhältnis zu Österreich zu verbessern. Dieses war wegen angeschwemmter Minen und Schüsse auf flüchtende Personen durch Grenztruppen seit der Errichtung des „Eisernen Vorhangs“ 1949 angespannt. Unkontrollierte Minenexplosionen und Querschläger stellten für die grenznahe Bevölkerung eine massive Gefährdung dar. Eine Bedingung der österreichischen Regierung für ein besseres Verhältnis zum Nachbarn Ungarn war eine Entspannung an der Grenze, vor allem deren Entminung.⁹

Im Sommer 1956 nutzte die burgenländische Bevölkerung den Grenzabbau, um zaghafte Nachbarschaftskontakte zu Ungar:innen herzustellen und um zuvor getrennte verwandtschaftliche Beziehungen zu erneuern. Das Geschehen an der Grenze wurde mit Interesse verfolgt. Dass bereits in den Sommermonaten die scheinbar offene Grenze auch zur Flucht genutzt wurde, beobachteten Bevölkerung und Regierung jedoch mit Sorge.¹⁰

6 Auskunft des Archivars Dieter Hauser (Abteilung 7, Sammlungen Referat Landesarchiv Burgenland) am 04.06.2020.

7 Vgl. BÉKÉS/RAINER/BYRNE, *The 1956 Hungarian Revolution*; DALOS, 1956.

8 Vgl. WIDDER, *Burgenland 1956; zu Österreich sh. u. a. GÉMES, Austria; MURBER/FÓNAGY (Hg.), Die ungarische Revolution.*

9 HOFMANN, *Grenze zu Ungarn; GÉMES, Grenze und Krisengebiet*, S. 73–81.

10 Burgenländer sahen: *Das Ödenburg von heute*. In: *Burgenländische Freiheit*, 26.08.1956, S. 3; vgl. GÉMES, *Wie zwei geschiedene Eheleute*, S. 47 f.; LIEBHART/PRIBERSKY, *Brücke oder Bollwerk*, S. 417; VARGA, *Technische und mentalitätsgeschichtliche Aspekte*, S. 120.

Zum ersten Anstieg der Grenzübertritte ins Burgenland kam es ab dem 23. Oktober 1956, als die Massenproteste in Ungarn in eine Revolution umschlugen und zirka 1000 Personen die leichtere Passierbarkeit der Grenze nutzten, um sich in Österreich in Sicherheit zu begeben. Unter ihnen waren kommunistische Parteifunktionäre, Beamte der Polizei sowie der *Allamvédelmi Hatóság* (ÁVH), die aus Angst vor Repressalien Ungarn verließen. Die meisten kehrten nach der Niederschlagung der Revolution wieder zurück. Revolutionäre wiederum wollten ihre Familien über der Grenze in Sicherheit wissen. Sie folgten ihren Angehörigen in vielen Fällen später ins Exil.¹¹

Die eigentliche Fluchtbewegung setzte am 4. November 1956 ein. Allein in den Monaten November und Dezember 1956 kamen rund 163 500 Personen nach Österreich.¹² Bereits kurz nachdem die Nachricht über die Invasion sowjetischer Truppen Wien erreicht, wandte sich die österreichische Bundesregierung unter Bundeskanzler Julius Raab (Österreichische Volkspartei, ÖVP) an den Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (*United Nations High Commissioner for Refugees*, UNHCR) und an das *Intergovernmental Committee for European Migration* (ICEM, jetzt *International Organization for Migration*, IOM) und bat um Unterstützung bei der Finanzierung der Hilfe für ungarische Flüchtlinge und bei der Organisation ihrer Weiterreise.¹³ Ab dem 7. November 1956 war die österreichische Bundesregierung in Kontakt mit der Liga der Rotkreuzgesellschaft und schloss mit der Organisation diverse Abkommen über die Versorgung der Flüchtlinge in Österreich.¹⁴

Die Hilfe für Geflüchtete aus Ungarn war auf Drängen der österreichischen Bundesregierung von Beginn an international ausgerichtet – und die internationale Unterstützung erreichte Österreich auch. In der öffentlichen Wahrnehmung galten ungarische Flüchtlinge als Personen, deren Flucht als Votum gegen das politische System der Länder im Einflussbereich der Sowjetunion und als Beweis für die „Überlegenheit des Westens“ interpretiert wurden.¹⁵ Zudem generierten die ungarische Revolution und die Flüchtlinge in Österreich großes mediales Interesse, das viele Hilfsorganisationen dazu bedienten, um die eigene Legitimität und Nützlichkeit unter Beweis zu stellen.¹⁶

Die führende Rolle in der Organisation und Koordination der internationalen Hilfe nahm der UNHCR ein, der von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 9. November 1956 zu diesem Zweck eingesetzt wurde.¹⁷ Der UNHCR setzte eine Arbeitsteilung durch, wonach er selbst neben

11 Vgl. MURBER, Österreich, S. 26.

12 Vgl. KERN, Österreich, S. 30.

13 Telegram, Hilferuf an die freie Welt, abgedruckt in: KERN, Österreich, S. 83.

14 Vgl. Liga der Rotkreuzgesellschaft (Hg.), Ungarische Flüchtlingshilfe. Bericht über das Hilfswerk für die ungarischen Flüchtlinge, durchgeführt von der Liga und ihren Mitgliedsgesellschaften in Österreich, Jugoslawien sowie in Transit- und Siedlungsländern, Genf 1957.

15 Vgl. COMTE, Waging; VEROVŠEK, Screening Migrants.

16 LOESCHER, UNHCR, S. 84 f.; GATRELL, Free World, S. 49–57.

17 UN General Assembly, Resolution 1006 (ES 11), 09.11.1956.

der Koordination aller Hilfsmaßnahmen in Österreich auch für den rechtlichen Schutz der Flüchtlinge verantwortlich war. Das ICEM übernahm die Registrierung und Organisation der Weiterreise in Aufnahmelandern außerhalb Österreichs. Das Rote Kreuz war für die Betreuung der Flüchtlinge in Österreich zuständig. Andere aktive lokale und internationale Hilfsorganisationen wurden aufgefordert, Unterstützung in Form von Geld- oder Sachspenden sowie Personal zur Verfügung zu stellen.¹⁸

Da die internationale Hilfe jedoch Zeit benötigte, um anzulaufen, waren es in den ersten Novembertagen lokale Hilfsorganisationen und die Zivilgesellschaft, die ungarische Flüchtlinge nach dem Grenzübertritt im Burgenland erstversorgten. Ab dem 5. November 1956 leistete beispielsweise das Österreichische Rote Kreuz (ÖRK) unter Federführung des Landesverbands Burgenland Erste Hilfe an der Grenze.¹⁹ In grenznahen Gemeinden, wie Andau, Mörbisch oder Nickelsdorf, wurden Geflüchtete mit dem Notwendigsten, wie Kleidung, Nahrung und medizinischer Hilfe, ausgestattet. Manche Burgenländer:innen beteiligten sich auch als Fluchthelfer:innen: Sie wiesen Flüchtlinge über die mit rot-weiß-roten Fähnchen ausgesteckte Grenze den Weg und brachten sie auf Pferdefuhrwerken oder Traktoren in die nächstgelegene Gemeinde.²⁰ Regionale Zeitungen sprachen von einem „Wall an Menschlichkeit“, der ungarische Flüchtlinge an der burgenländischen Grenze erreichte, und unterstrichen die außerordentliche Hilfsbereitschaft als „Aufgabe reiner Menschlichkeit“.²¹

Die solidarische Haltung und breite Unterstützung großer Teile der Bevölkerung zu Beginn der Fluchtbewegung lässt sich vor allem auf antikommunistische beziehungsweise antisowjetische Ressentiments zurückführen. Erfahrungen aus der eigenen sowjetischen Besatzungszeit im Burgenland beziehungsweise in Ostösterreich, die erst ein Jahr zuvor geendet hatte, aber auch das Weiterwirken der nationalsozialistischen Propaganda gegen den Kommunismus lagen der Ablehnung gegenüber der Sowjetunion und der Hilfsbereitschaft gegenüber den Flüchtlingen zugrunde. Ungar:innen, die sich gegen die kommunistische Herrschaft auflehnten, wurden als „Freiheitskämpfer:innen“ betrachtet. Bilder der sich auflehrenden und später vor den sowjetischen Panzern fliehenden Menschen förderten die Sympathie in Österreich wie in weiten Teilen der Welt.²²

18 UNHCR-Archive, Fonds 10c, Box 2, ARC-2B4, UNHCR Public Information, Press Release 1956–1959, REF/309, UNHCR to act as general co-ordinator to relief work to Hungarian refugees, 13.11.1956; LOESCHER, UNHCR, S. 84.

19 LV Burgenland. In: Das Rote Kreuz. Offizielles Organ der Österreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuz (1957), 1, S. 12–15, hier S. 12.

20 Vgl. HASLINGER, Flüchtlingskrise 1956, S. 135.

21 Zitate in: Die burgenländische Grenze. Ein Wall der Menschlichkeit. In: Burgenländische Freiheit, 25.11.1956, S. 3; Die Spendenaktion für das ungarische Volk. In: Burgenländische Freiheit, 11.11.1956; Eine Bastion der Freiheit. In: Burgenländische Freiheit, 16.12.1956, S. 3.

22 Vgl. MURBER, Ungarnflüchtlinge 1956, S. 23 f., 32; Heroischer Freiheitskampf in Ungarn. In: Burgenländische Freiheit, 04.11.1956, S. 1.

Untergebracht wurden die Geflüchteten zu Beginn in Schulen, Gasthäusern, Privatunterkünften, Einrichtungen der Kirche oder der Gemeinden. Später wurden eigene Flüchtlingslager, wie zum Beispiel in einer Kaserne in Kaisersteinbruch oder in einer Wohnhausanlage in der Eisenstadt, geschaffen, wo ebenfalls Hilfsorganisationen, allen voran das Rote Kreuz, die Betreuung übernahmen.²³ Ungarische Flüchtlinge blieben zumeist nur einige Tage im Burgenland. Die Flüchtlingslager im Burgenland waren in erster Linie Sammelstellen und Durchgangslager.²⁴ Dies war den limitierten Aufnahmekapazitäten im Bundesland geschuldet, die den steigenden Zahlen von Einreisen nicht gewachsen waren. Bereits Ende November 1956 waren alle Unterbringungskapazitäten voll ausgelastet und andere Quartiere außerhalb des Burgenlands mussten herangezogen werden, wie beispielsweise die ehemalige Artilleriekadettenschule des Orts Traiskirchen.²⁵

Im Burgenland standen die Organisation der Betreuung, die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs, wie Lebensmittel und Kleidung, und die medizinische Erstversorgung sowie die kurzfristige Unterbringung im Vordergrund der Bemühungen. Bei der Umsetzung folgte die Landesregierung dem Kurs der Bundesregierung und setzt auf die Leistungen von Hilfsorganisationen. Die Zusammenarbeit erfolgte über Komitees. Die Hauptlast trug dabei das Rote Kreuz beziehungsweise die Liga der Rotkreuzgesellschaften, die im Auftrag der Bundesregierung in Österreich operierte. Die Aufgabe der Verwaltung auf Landesebene betrachtete die Landesregierung als „subsidiär“. Die Kosten wurden durch Spenden und von den Organisationen selbst getragen oder der Regierung in Wien weiterverrechnet.²⁶ Die Entlohnung der professionellen Hilfskräfte erfolgte zu Lasten des Bundes. Nur wenn die Hilfstätigkeiten der Organisationen nicht ausreichten, schalteten sich staatliche Stellen des Landes ein.²⁷ Eigene gesetzliche Regelungen bezüglich des Aufenthalts der Flüchtlinge wurden von der Landesregierung in Eisenstadt nicht erlassen, vielmehr folgte man auch hier den Vorgaben der Bundesregierung beziehungsweise dem zuständigen Innenministerium in Wien.²⁸

23 Vgl. WIDDER, Burgenland 1956, S. 20f.; Liga der Rotkreuzgesellschaft, Ungarische Flüchtlingshilfe, S. 17f.; KITTELMANN/MINDLER/STEINER, Spuren der Menschlichkeit, S. 99–105.

24 Burgenländisches Landesarchiv (BLA), Landesamtsdirektion (LAD), LAD/IV-F, 1956, LAD/IV-F-67-1956, Lager für Ungarnflüchtlinge, Eisenstadt, 12.12.1956.

25 Vgl. WIDDER, Burgenland 1956, S. 22f.; MURBER, Ungarnflüchtlinge 1956, S. 27.

26 BLA, LAD/IV-F, 1956, Landesumsiedlungsstelle, Flüchtlinge 1-E, Aktenvermerk über die BH-Konferenz am 18.12.1956, Eisenstadt, 19.12.1956; BLA, LAD/IV-F, 1957, Landesumsiedlungsstelle, Flüchtlinge 1-60, Aktenvermerk über die Besprechung am 08.01.1957 beim Amt der LR, Eisenstadt, 08.01.1957.

27 BLA, LAD/IV-F, 1957, Landesumsiedlungsstelle, Flüchtlinge 1-60, Ungarische Flüchtlinge Betreuung, Zl. LAD-IV-F-1-1956, Eisenstadt, 30.11.1956.

28 BLA, LAD/IV-F, 1956, Landesumsiedlungsstelle, Flüchtlinge 1-E, BMI an die Landesregierung Eisenstadt, Gesetze und Regelungen betr. die Flüchtlinge, Zl. 73.747-12U/56, 26.11.1956; BLA, LAD/IV-F, 1956, Landesumsiedlungsstelle, Flüchtlinge, Landesregierung Eisenstadt an BMI, Gesetze und Regelungen betr. die Flüchtlinge z. Zl. 73.747-12U/56, LAD/IV-F-36-1956, o. D.

Die österreichische Bundesregierung gewährte ungarischen Flüchtlingen kollektiv Asyl als politisch Verfolgte. Dies wurde bereits am 28. Oktober 1956 in einer außerordentlichen Sitzung des Ministerrats, die als Reaktion auf die Nachrichten der eskalierenden Gewalt bei den Protesten in Budapest einberufen wurde, beschlossen.²⁹ Die Genfer Flüchtlingskonvention, die in Österreich seit April 1955 gesetzlich in Kraft ist und an der sich die Bundesregierung in Asylfragen orientierte, hätte eine individuelle Prüfung eines jeden Fall vorgesehen.³⁰ Die Regierung, aber auch der UNHCR verzichteten darauf, da die erwartete Anzahl an Anträgen dies unmöglich erschienen ließ.³¹

Dass das Asylrecht im Falle der ungarischen Flüchtlinge großzügig angewendet wurde, geht auch auf außenpolitische Abwägungen zurück. Ein Jahr nach der Unterzeichnung des Österreichischen Staatsvertrags am 15. Mai 1955 und der Ratifizierung des Neutralitätsgesetzes³² bot die Hilfe für ungarische Flüchtlinge die Möglichkeit, innerhalb der politischen Konstellationen des Kalten Kriegs, eine Bindung an den „Westen“ zu verdeutlichen und ein positives, auf humanitären Grundsätzen aufbauendes Österreich-Bild zu demonstrieren, ohne den Grundsatz der Neutralität zu verletzen und in Konflikt mit der Sowjetunion zu geraten. Zudem konnte ein Gegenentwurf zur nationalsozialistischen Vergangenheit geschaffen werden. Die Selbstdarstellung als humanitäres Land wurde ein wichtiger Aspekt der österreichischen Außenpolitik. Insbesondere seit den Hilfsmaßnahmen für ungarische Flüchtlinge 1956 kultivierte die österreichische Bundesregierung, aber auch die Öffentlichkeit das Bild des „humanitären Österreichs“.³³

Doch diese Selbstdarstellung darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die österreichische Asylpolitik nicht auf die dauerhafte Aufnahme ausgerichtet war. Bereits ab Anfang November 1956, als die Flüchtlingszahlen rapide zu steigen begannen, wurde die zentralste Ausrichtung der österreichischen Flüchtlingspolitik sichtbar: die Weiterreise der Geflüchteten in andere Aufnahmeländer. In zahlreichen Appellen versuchte die Bundesregierung die Aufmerksamkeit auf die Herausforderungen in Österreich zu lenken. In einem Aide-Mémoire am 14. November 1956 rief sie die internationale Staatengemeinschaft nachdrücklich dazu auf, Flüchtlinge aufzunehmen und Geld sowie Sachspenden zur Verfügung zu stellen.³⁴

29 ÖStA, Archiv der Republik (AdR), Bundeskanzleramt (BKA), Ministerratsprotokolle (MRP), 2. Republik, Raab II, Verhandlungsniederschrift Nr. 12a, Sitzung des a. o. Ministerrates am 28.10.1956; vgl. VOLF, Der politische Flüchtling, S. 430.

30 Bundesgesetzblatt (BGBl.) 55/1955, Konvention über die Rechtstellung der Flüchtlinge.

31 BETTS/LOESCHER/MILNER, UNHCR, S. 23.

32 BGBl. 211/1955, Bundesverfassungsgesetz: Neutralität Österreichs; vgl. STOURZH/MUELLER, Der Kampf um den Staatsvertrag.

33 Vgl. LIEBHART/PRIBERSKY, Brücke oder Bollwerk, S. 413 f.; VOLF, Der politische Flüchtling, S. 426.

34 Das Flüchtlingsproblem übersteigt unsere Kräfte. In: Arbeiter-Zeitung, 23.11.1956, S. 1; ÖStA, AdR, BMfaA, Sektion II-pol., 1956, Ungarn (3d GZL.551.190 Zl. 791.000-791.999), Kt. 404, Massnahmen der österr. Bundesregierung zur Meisterung des Flüchtlingsproblems, Aide-Mémoire, Zl. 520.420-Pol. 56, Wien, 14.11.1956.

Auch wenn die Regierung nicht müde wurde zu betonen, dass die Ausreise der Flüchtlinge zu langsam vor sich gehe, und die teilweise langwierigen Auswahl- und Aufnahmeprozedere kritisierte,³⁵ reisten allein bis Ende 1956 etwa 153 000 ungarische Staatsbürger:innen wieder aus Österreich aus. Als wichtigste Aufnahmeländer fungierten die USA, Kanada und Großbritannien.³⁶ Ein Argument für die Bereitschaft Flüchtlinge aus Österreich aufzunehmen, war die Sorge, dass ein zu langer Aufenthalt der Flüchtlinge in einem Land an der Grenze zum „Eisernen Vorhang“ die Region destabilisieren könnte.³⁷ Dass die Fluchtbewegung aus Ungarn ab Anfang 1957 schrittweise unterbunden wurde, geht auch auf die Wiedererrichtung des „Eisernen Vorhangs“ ab Januar 1957 zurück.³⁸ Ab Februar 1957 nahmen die Grenzübertritte drastisch ab und im März erreichten nur noch 289 Personen Österreich.³⁹

Bereits wenige Jahre später konstruierten sich die Ereignisse im Spätherbst 1956 zu einem zentralen Erinnerungspunkt für die burgenländische und österreichische Hilfsbereitschaft sowie zu einem Beispiel humaner Asylpolitik. Dass den ungarischen Flüchtlingen jedoch nicht immer nur wohlwollend begegnet worden war, trat dabei in den Hintergrund. Vor allem zu Beginn des Jahres 1957 mehrten sich Stimmen, welche die vermeintlich mangelnde internationale Hilfe bei der Organisation der Ausreise der Geflüchteten und die hohen Kosten für die Betreuung kritisierten. Dem Bild der heroischen Widerstandskämpfer:innen gegen den Kommunismus wurde nun die Vorstellung von faulen und undankbaren Ungar:innen entgegengesetzt.⁴⁰ Doch in der Langzeitperspektive wurden die negativen Zuschreibungen mehrheitlich ausgeblendet. Ebenso geriet die umfangreiche internationale Hilfe, die Österreich 1956 zuteilwurde, über die Jahre aus dem Fokus. Die Unterstützung von ungarischen Flüchtlingen wurde vordergründig als österreichische Leistung dargestellt und im Burgenland wurden insbesondere die eigene Hilfsbereitschaft und die breite Unterstützung der lokalen Bevölkerung herausgestrichen.⁴¹

Ein eindrückliches Beispiel mit ikonographischer Wirkung waren die Ereignisse rund um die Brücke von Andau. Die kleine Brücke über den Einser Kanal, der direkt an der österreichisch-ungarischen Grenze lag, markierte für rund 70 000 Ungar:innen den Weg in den „Westen“.⁴² Inter-

35 Innenminister Helmer in Genf. Österreich will nicht für Flüchtlinge betteln. In: Burgenländische Freiheit, 03.02.1957, S. 1; Innenminister Helmer in Genf. Er verlangt mehr Geld für die Ungarnflüchtlinge. In: Arbeiter-Zeitung, 20.01.1957, S. 1.

36 KERN, Österreich, S. 54, 68.

37 COMTE, Waging, S. 477–480; LOESCHER, UNHCR, S. 82–84.

38 HOFMANN, Grenze zu Ungarn, S. 97.

39 KERN, Österreich, S. 30.

40 Ungarische Flüchtlinge arbeiten. In: Arbeiter-Zeitung, 05.02.1957, S. 8; vgl. ZIERER, Willkommen Ungarnflüchtlinge, S. 169 f.; LIEBHART/PRIBERSKY, Brücke oder Bollwerk, S. 422–426.

41 Vgl. WIDDER, Burgenland 1956, S. 41–45; BACHKÖNIG, Heimat.

42 Vgl. HASLINGER, Flüchtlingskrise 1956, S. 135; WIDDER, Burgenland 1956, S. 42.

nationale Bekanntheit erhielt die umfangreiche Hilfe der dortigen Zivilgesellschaft und Hilfsorganisationen durch den Roman *The Bridge at Andau* des amerikanischen Journalisten James A. Michener.⁴³ Auch der spätere US-Präsident Richard Nixon, der in seiner Funktion als Vize-Präsident der USA vom 19. bis 22. Dezember 1956 Österreich bereiste, besuchte am 20. Dezember Andau, um sich persönlich vor Ort ein Bild von der Situation der ungarischen Flüchtlinge zu machen. Der Aufenthalt wurde vom Maler Ferenc Daday monumental in Szene gesetzt.⁴⁴ In der österreichischen Rezeptionsgeschichte wurde die symbolträchtige Brücke titelgebend für den dritten Teil der Bockerer-Filmreihe *Der Bockerer III – Die Brücke von Andau*, der die Ereignisse in Ungarn 1956 zum Inhalt hat.⁴⁵

Die Geschichte um die Unterstützung ungarischer Flüchtlinge wurde seit 1956 bei ähnlichen Ereignissen als Beispiel für die burgenländische Hilfsbereitschaft herangezogen. Deutlich wird dies im Sommer 1989 bei der Hilfe für DDR-Bürger:innen. Erinnerungen an die Ereignisse im Herbst 1956 wurden wach und es wurde dezidiert positiv auf die damaligen Leistungen Bezug genommen. Dabei diente der Rückverweis auch als Beweis für die „große humanitäre Tradition“ Österreichs und als Mittel zur Abgrenzung von ausländerfeindlichen Ressentiments, die Ende der 1980er Jahre zunahmen.

Die im Burgenland und in ganz Österreich vielbeschworene Hilfsbereitschaft stand spätestens seit Beginn der 1980er Jahre im Kontrast zur Verschärfung der Asylpolitik in Österreich. Bis dahin war die Strategie vorzugsweise als Transitland⁴⁶ zu fungieren durchaus erfolgreich, wurden für Geflüchtete aus Osteuropa doch insbesondere in den 1950er und 1960er Jahren große internationale Hilfsprogramme durchgeführt und Aufnahmekontingente außerhalb Österreichs bereitgestellt. Spätestens Ende der 1970er Jahre ließ jedoch der wirtschaftliche Boom der Nachkriegsjahre, der die Nachfrage nach Arbeitskräften und damit auch die Aufnahmebereitschaft gefördert hatte, nach. Die beiden Erdölkrisen 1973 und 1979 waren wesentliche ökonomische Wendepunkte, deren Folge steigende Inflation, erhöhte Arbeitslosigkeit und neue wirtschaftliche Unsicherheiten in vielen Ländern verursachten.⁴⁷ Mit den neuen globalen, ökonomischen Herausforderungen nahm der internationale Wille, Flüchtlinge aufzunehmen, stetig ab. Parallel zu dieser Entwicklung stiegen weltweit die Flüchtlingszahlen an. 1979 waren 12 bis 15 Millionen

43 Vgl. MICHENER, *The Bridge at Andau*.

44 Vizepräsident Nixon im Burgenland. In: *Burgenländische Freiheit*, 06.01.1957, S. 3; Ferenc Daday, *Nixon in Andau*, 1972; das Gemälde befindet sich heute in der Nixon Library in Yorba Linda, California.

45 Vgl. SCHWARZ, *Ungarn 1956*, S. 324–327.

46 Vgl. RATHKOLB, *Die paradoxe Republik*, S. 51–53.

47 Vgl. GATRELL, *The Unsettling*, S. 197–213; KERSHAW, *Achterbahn*, S. 373–377.

Menschen in Südostasien, Teilen Afrikas und Zentralasien auf der Flucht.⁴⁸ Sie flohen vor politischem Chaos, Bürgerkrieg und wirtschaftlicher Zerstörung. Diskussionen, ob Personen aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen flüchteten, verstärkten sich und wurden zu einem zentralen Aspekt in der öffentlichen und politischen Auseinandersetzung um Flucht und Migration.⁴⁹

Österreich spürte dies insbesondere 1981, als die internationale Staatengemeinschaft zurückhaltend auf die Apelle der österreichischen Bundesregierung reagierte, polnische Flüchtlinge, die im Zuge der „polnischen Krise“ nach Österreich kamen, aufzunehmen. Für die österreichische Bundesregierung wurde deutlich, dass es bei der Bewältigung von Fluchtbewegung nicht mehr auf eine großzügige internationale Unterstützung setzen konnte. Neue Strategien, um die Zahl an Asylwerber:innen in Österreich gering zu halten, zielten nun darauf ab, Personen daran zu hindern, überhaupt ins Land zu kommen.⁵⁰ Die Behörden setzten auf beschleunigte Asylverfahren und auf die Aussetzung von Abkommen zum visafreien Reiseverkehr. Diese wurden mit einigen osteuropäischen Staaten zur Verbesserung der „freundschaftlichen Beziehungen“ abgeschlossen – wohl wissend, dass die kommunistischen Vertragspartner eine dauerhafte Emigration nicht zuließen.⁵¹

In diesem Setting ereigneten sich Ende der 1980er Jahre zwei weitere Fluchtbewegungen, die das Burgenland betrafen. Im Sommer 1989 kamen DDR-Bürger:innen auf ihrem Weg in die Bundesrepublik Deutschland ins österreichische Bundesland. 1990 sorgten Rumän:innen, die in Österreich um Asyl ansuchten und im Burgenland untergebracht werden sollten, für Aufregung. Möglich wurden beide Fluchtbewegungen durch den endgültigen Abbau des „Eisernen Vorhangs“ an der österreichischen-ungarischen Grenze ab Mai 1989 auf Beschluss der ungarischen Regierung. Die hohen Kosten der Sanierung der maroden Grenzsperrn und die angespannte Lage des ungarischen Staatshaushalts machten für die Führung diesen Schritt notwendig. Der damalige ungarische Ministerpräsident Miklós Németh informierte seinen Amtskollegen Franz Vranitzky (Sozialistische Partei Österreich, SPÖ) bei einem Treffen im Februar 1989 in der burgenländischen Gemeinde Rust über die Entscheidung zum Abbau der Grenzsperrn.⁵² Die österreichische Bundesregierung blickte nicht ohne Sorge auf die Öffnung, befürchtete man doch eine Zunahme illegaler Flucht- und Migrationsbewegungen und,

48 Assistance to refugees. In: Yearbook of the United Nations 33 (1979), S. 915–924.

49 Vgl. LOESCHER, Beyond Charity, S. 93; BADE, Legal and Illegal Immigration, S. 345–347.

50 Flüchtlings- und Asylpolitik. In: Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten (BMAA), Außenpolitischer Bericht 1988, S. 376f.

51 BGBl. 39/1969, Abkommen zwischen der Bundesregierung der Republik Österreich und der Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien über die Aufhebung der Sichtvermerkpflcht; BGBl. 330/1972, Abkommen mit Polen über die gegenseitige Aufhebung der Sichtvermerkpflcht; BGBl. 481/1978, Abkommen zwischen der österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Ungarischen Volksrepublik über die Aufhebung der Sichtvermerkpflcht.

52 OPLATKA, Der erste Riss, S. 42–45.

dass jene, die es nach Österreich schaffen würden, wegen mangelnder Aufnahmebereitschaft anderer Länder auch hierbleiben würden.⁵³

1989: burgenländische Hilfe für DDR-Bürger:innen

Bei jenen DDR-Bürger:innen, die 1989 über die österreichisch-ungarische Grenze flohen, funktionierte das von Österreich favorisierte System des Transits jedoch noch, denn die Bundesrepublik Deutschland war bereit, alle DDR-Bürger:innen aufzunehmen. Sie galten in der Bundesrepublik als deutsche Staatsbürger:innen und dies erlaubte ihnen die freie Einreise.⁵⁴ Fehlende Reisefreiheit und sinkende Lebensstandards verleiteten immer mehr Menschen dazu, die DDR dauerhaft zu verlassen. Hinzu kamen die offensichtlich gefälschten Kommunalwahlen im Mai 1989 und die Rechtfertigung der DDR-Führung für das Vorgehen der kommunistischen Partei in China, wo am 4. Juni 1989 friedliche Proteste am Tian'anmen Platz blutig niedergeschlagen worden waren. Die Bevölkerung schloss daraus, dass auch in der DDR die Proteste gegen Wahlbetrug mit Gewalt beendet werden könnten.⁵⁵ Die Bilder vom Abbau des „Eisernen Vorhangs“ in Ungarn, die sich über das „Westfernsehen“ bis in die DDR verbreiteten, motivierten zahlreiche DDR-Bürger:innen, die Flucht über diese Route zu versuchen. Gerade in den Sommermonaten nutzen sie die Möglichkeit, nach Ungarn in den Urlaub zu fahren, um von dort illegal die Grenze nach Österreich zu passieren. Viele warteten die weitere Entwicklung auch in Ungarn ab. Beeinflusst von der positiven internationalen Reputation und ihren neuen vertraglichen Verpflichtungen – im März 1989 war Ungarn der Genfer Flüchtlingskonvention beigetreten – lieferte die ungarische Regierung DDR-Bürger:innen, deren Aufenthaltserlaubnisse ausgelaufen waren oder die beim illegalen Grenzübertritt erwischt worden waren, nicht mehr an die DDR aus.⁵⁶

In den Sommermonaten stiegen die Zahlen der gelungenen Fluchtversuche nach Österreich deutlich an. Ein zentrales Ereignis war dabei das sogenannte Paneuropäische Picknick am alten Grenzübergang auf der Landstraße zwischen Sankt Margarethen im Burgenland und Sopronkőhida/Steinambrückl bei Sopron in Ungarn am 19. August 1989. Von der oppositionellen Gruppe Ungarisches Demokratisches Forum (*Magyar Demokrata Fórum*, MDF) als grenzüberschreitendes Treffen organisiert, entwickelte sich das Event zur größten Fluchtbewegung aus der DDR seit dem Bau der Berliner Mauer 1961.⁵⁷ Im Zuge der kurzfristigen Grenzöffnung im Rahmen

53 Depositum Franz Vranitzky, Box: AM Skubiszewski Polen 1989, MP Adamec CSSR 24.10.1989, MP Nemeth Ungarn 1989, MP Komarek CSSR 1990, MP Modrow DDD 1990, Vorbereitungsmappe, Nemeth Miklos Zusammentreffen mit dem Bundeskanzler 13.02.1989.

54 Vgl. WOLFF, Ungarn 1989.

55 Vgl. KOWALCZUK, Endspiel, S. 318–333; SCHÄFER, Die DDR.

56 Vgl. WOLFF, Die Mauergesellschaft, S. 875–887; OPLATKA, Der erste Riss, S. 97.

57 Vgl. GRAF, Das Paneuropäische Picknick, S. 47–49.

des Picknicks kamen 625 Personen nach Österreich. Bereits einen Tag zuvor flohen nach Angaben der Landesgendarmerie Burgenland 151 Personen über die grüne Grenze. In den drei Tagen nach dem Picknick kamen weitere 875 Personen ins Burgenland – und ein Ende dieses Trends war nicht in Sicht.⁵⁸ Damit wurde die Erstversorgung von Flüchtlingen erneut zum Thema im Burgenland. Um die Grenze rasch und von den ungarischen Grenzpatrouillen unbemerkt überqueren zu können, flohen die meisten mit wenig Gepäck und ließen auch ihre Autos in Ungarn zurück. Die Geflüchteten mussten in Burgenland mit dem Notwendigsten, wie Kleidung, medizinische Erste Hilfe und Lebensmittel, versorgt werden. Diese Aufgabe übernahm wie schon 1956 eine engagierte Zivilgesellschaft sowie Hilfsorganisationen, allen voran das ÖRK. Nachdem die Zahl der aufgegriffenen DDR-Bürger:innen im Raum Mörbisch am Neusiedler See angestiegen war, beauftragte die burgenländische Polizei und später auch die Bundesregierung den Landesverband Burgenland des ÖRK mit der Organisation der Versorgung der Geflüchteten im Burgenland.⁵⁹ Zwischen dem 20. August und dem 10. September 1989 betreute der Landesverband Burgenland rund 6000 Flüchtlinge. Eine wichtige Aufgabe umfasste neben der Erstversorgung die Organisation von Fahrgelegenheiten zur bundesdeutschen Botschaft in Wien, um dort die Formalitäten für die Weiterreise zu erledigen.⁶⁰ Die Hilfsbereitschaft der burgenländischen Bevölkerung zeigte sich in der hohen Bereitschaft, Geld- und Sachspenden zur Verfügung zu stellen. So manche Burgenländer:innen versuchten sich auch als Fluchthelfer und wiesen Geflüchteten den Weg über die Grenze.⁶¹

Angesichts der Herausforderungen um die Versorgung der Geflüchteten und nach zwei tragischen Todesfällen an der Grenze beschleunigte sich die Suche nach einer dauerhaften Lösung für die in Ungarn und Österreich wartenden DDR-Bürger:innen. Schließlich wurde zwischen den ungarischen und bundesdeutschen Regierungen bei einem Treffen auf Schloss Gymnich in Nordrhein-Westfalen die legale Ausreise der DDR-Bürger:innen in die Bundesrepublik Deutschland ausverhandelt.⁶² Die Grenze wurde am 11. September 1989 geöffnet. Österreich fungierte als Transitland.⁶³ Um

58 ÖStA, AdR, Bundesministerium für Inneres (BMI), Gruppe B, 1322, GZ. 1322/11-II/5/89, Flüchtlingssituation im LGK-Bereich Meldung, 24.08.1989.

59 Interview mit Thomas Wallner, ÖRK Landesverband Burgenland, 1989 Rot-Kreuz Sanitäter im Einsatz in Mörbisch, Gespräch am 31.10.2019; MINDLER/STEINER, Grenzenlose Menschlichkeit, S. 28 f.

60 MINDLER/STEINER, Grenzenlose Menschlichkeit, S. 38 f.; Neues aus den Landesverbänden. Burgenland, DDR-Flüchtlingshilfe: Der Landesverband zieht Bilanz. In: Das Rote Kreuz. Offizielles Organ des Roten Kreuz (1989) 8, S. 13; zu den Hilfsleistungen im Burgenland siehe SZORGER, Flucht und Hilfe, S. 22–25.

61 GRAF, Die Welt, S. 165; Vier Männer lernten das Gefängnis kennen. In: BF – Die Burgenland Woche, 06.09.1989, S. 11; Zeitzeug:innenberichte zu den Hilfsleistungen der burgenländischen Bevölkerung und der Tätigkeit als Fluchthelfer:innen finden sich in: BACHKÖNIG, Sommer 1989.

62 GEHLER, Bonn – Budapest – Wien, S. 145–147.

63 ÖStA, AdR, BMI, Gruppe B, 1322, GZ. 1322/15-II/5/89, DDR-Flüchtlinge: Durchreise durch

den humanitären Charakter der Aktion zu wahren, wurde das ÖRK mit der Organisation der Ausreise betraut. An alle jene DDR-Bürger:innen, die per Auto von Ungarn kommend über Österreich in die Bundesrepublik ausreisten, verteilte das Rote Kreuz Benzengeld und Straßenkarten. Jene ohne eigenes Auto wurden per Bus aus Flüchtlingslagern in Ungarn oder Unterkünften im Burgenland abgeholt und an die bundesdeutsche Grenze gebracht.⁶⁴ Insgesamt reisten rund 50 000 DDR-Bürger:innen von 11. September bis Mitte November 1989 über Österreich in die Bundesrepublik Deutschland aus.⁶⁵ Die Botschaft der Bundesrepublik erstattet dem ÖRK für die Aktion 13 240 279 Schilling (heute ungefähr 962 200 Euro).⁶⁶ Die Burgenländische Landesregierung hielt sich bei der Organisation des Transits, aber auch bei der Betreuung der DDR-Bürger:innen im Sommer 1989 zurück und setzte bei der Versorgung auf freiwilliges Engagement und auf Hilfsorganisationen. Dies entsprach den Wünschen der Bundesregierung, die im Sinne der Neutralität die Hilfe als humanitäre Aktion sah.⁶⁷

Medial wurde die Unterstützung der DDR-Bürger:innen im Burgenland dezidiert positiv aufgenommen und mit den Hilfsaktionen von 1956 in Verbindung gesetzt: „Die Burgenländer helfen wie 1956“, verkündete ein burgenländische Regionalzeitung im August 1989.⁶⁸ Die regionale Euphorie kombinierte sich mit dem Umstand, dass die Bundesrepublik Deutschland bereit war, DDR-Flüchtling aufzunehmen, und sie darum nur auf der Durchreise im Burgenland versorgt wurden.

Im Sommer 1989 waren DDR-Bürger:innen allerdings nicht die einzigen, welche die neuen Möglichkeiten, die Grenze zu überqueren, nutzten und auf diese Weise ins Burgenland kamen. Anfang September 1989 meldete das Landesgendarmierkommando Burgenland an das Innenministerium in Wien die „Zunahme von Asylwerbern aus Rumänien und der CSSR“.⁶⁹ Bereits das Rote Kreuz versorgte im August neben den DDR-Bürger:innen auch bulgarische und rumänische Staatsbürger:innen in den Betreuungszentren im Burgenland.⁷⁰ Im September zeigten burgenländische Regionalzeitungen an, dass „viele Rumänen auf der DDR-Ausreisewelle ‚mitschwimmen‘“ könnten. Anderes als DDR-Bürger:innen, wurden jene, die in Verdacht standen

Österreich in die BRD ab 11.09.1989, 10.09.1989.

64 MINDLER/STEINER, Grenzenlose Menschlichkeit, S. 39 f.

65 Flüchtlingsfragen und Wanderungsbewegung. In: BMAA, Außenpolitischer Bericht, Wien 1989, S. 427–436, hier S. 435.

66 ÖRK Bilanz 1989, Katastrophenhilfeprojekt: DDR-Transit, Archiv Generaldirektion des ÖRK.

67 „Nägel mit Köpfen machen“, Interview Landeshauptmann Hans Sipötz (SPÖ). In: BF – Die Burgenland Woche, 06.09.1989, S. 4 f.; GRAF, Österreich, S. 579.

68 Fast wie '56. Die Welt schaut auf uns. In: BF – Die Burgenland Woche, 23.08.1989, S. 1–4; für die positive Rezeption der Ereignisse in der burgenländischen Erinnerung siehe auch BACHRÖNIG, Sommer 1989.

69 ÖStA, AdR, BMI, Gruppe B, 1322, GZ. 1322/14-II/5/89, Flüchtlingssituation im LGK-Bereich, 05.09.1989.

70 Burgenland. Rotes Kreuz betreut DDR-Flüchtling. In: Das Rote Kreuz. Offizielles Organ des Roten Kreuz (1989), 6, S. 10.

in Österreich bleiben zu wollen und am lokalen Arbeitsmarkt „schwarz“ zu arbeiten, angefeindet.⁷¹ Schon bei der offiziellen Ausreise der DDR-Bürger:innen ab dem 11. September wurde genau darauf geachtet, dass nur DDR-Bürger:innen diese Möglichkeit der Weiterreise aus Ungarn nutzten.⁷² Dass das österreichische Innenministerium Asylwerber:innen zunehmend in Tourismus-Betrieben unterbrachte, sorgte zudem für Unmut bei den burgenländischen Hoteliers. In den Sommermonaten hofften diese auf höhere Einnahmen aus dem Tourismus.⁷³ Die Ablehnung fand ihren Höhepunkt Anfang 1990 und kulminierte in einer Diskussion um die Unterbringung rumänischer Asylwerber:innen in einer Kaserne in der burgenländischen Gemeinde Kaisersteinbruch.

1990: Kaisersteinbruch und Proteste gegen rumänische Asylwerber:innen

Seit 1985 kamen rumänischer Staatsbürger:innen verstärkt nach Ungarn. Viele der Geflüchteten waren Angehörige der ungarischen oder deutschen Minderheiten. Sie flohen vor den politischen Repressionen, der Unterdrückung von Minderheiten und vor der Zwangsumsiedelung durch das Regime unter Nicolae Ceaușescu.⁷⁴

1988 beschloss die ungarische Regierung, Rumän:innen nicht mehr zurückzuschicken und ein interministerielles Komitee zur Behandlung von Flüchtlingsfragen einzusetzen.⁷⁵ Im selben Jahr suchten 2134 rumänische Staatsbürger:innen in Österreich um Asyl an.⁷⁶ Die Bundesregierung blickte mit zunehmender Sorge auf die steigenden Flüchtlingszahlen in Ungarn und den Wunsch vieler, nach Österreich weiterzureisen. Gemäß eines Abkommens über visafreien Reiseverkehr mit Rumänien aus dem Jahr 1969 wäre die Einreise für Rumän:innen mit einem gültigen Reisepass jederzeit möglich gewesen.⁷⁷ Die österreichischen Behörden vertraten jedoch die Ansicht, es bestehe kein Recht auf Einreise aus Ungarn, da die rumänischen Flüchtlinge bereits in Ungarn Schutz genossen. Visafreiheit gelte nur für Tourist:innen, nicht aber für Personen, die sich dauerhaft in Österreich ansiedeln beziehungsweise um Asyl anzusuchen wollten. Eine Einreise für Asylwerber:innen konn-

71 Zitat abgedruckt in: Hut ab vor unseren Nachbarn!. In: BF – Die Burgenland Woche, 13.09.1989, S. 2–3, hier S. 3; Zum alten Eisen ... In: BF – Die Burgenland Woche, 10.05.1989, S. 8 f.; Der „doppelte Deutschkreutzer“. In: BF – Die Burgenland Woche, 30.08.1989, S. 3; GRAF, Burgenland, S. 157.

72 OPLATKA, Der erste Riss, S. 231.

73 Der große Unterschied. In: BF – Die Burgenland Woche, 12.07.1989, S. 5.

74 International Federation of Red Cross and Red Crescent Societies (IFRC) Archive, Box 999518, 11–150, Central and Eastern Europe 1989–1991, Danish Refugee Council, Report Concerning Romania and Romanian Refugees in Hungary, 04.01.1989.

75 Vgl. TÓTH, The Birth, S. 112–132.

76 Zustrom von Flüchtlingen (Asylwerbern) 1956 bis 1988. In: BMAA, Außenpolitischer Bericht 1988, S. 378–380, hier S. 380.

77 BGBl. 39/1969, Abkommen zwischen der Bundesregierung der Republik Österreich und der Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien über die Aufhebung der Sichtvermerkpflcht.

te nur mit Zustimmung der österreichischen Behörden erfolgen.⁷⁸ Ungarn stimmte der von Österreich gewünschten Vorgangsweise zu und die Erlaubnis zur legalen Ausreise wurde an das Vorhandensein eines Einreisevisums gekoppelt.⁷⁹ Die meisten Menschen überquerten die Grenze jedoch ohnedies illegal und konterkarierten die Bemühungen der Bundesregierung, die Einreisen zu kontrollieren. Ende 1989 lösten die blutigen Unruhen in Rumänien im Zuge des Sturzes des Regimes eine größere Fluchtbewegung aus. 1989 suchten 7932 und 1990 um die 12 199 Personen aus Rumänien in Österreich um politisches Asyl an.⁸⁰

Die österreichische Bevölkerung solidarisierte sich zunächst mit den Protesten in Rumänien. Bald zeigte sich aber, dass die Öffentlichkeit gewillter war, Menschen vor Ort zu helfen als rumänische Flüchtlinge in Österreich zu akzeptieren. Rumän:innen wurden als „Wirtschaftsflüchtlinge“, Kriminelle, „Sozialschmarotzer“ und „potenzielle Triebtäter“ betrachtet. Die Diskussion in der österreichischen Öffentlichkeit war von rassistischen und fremdenfeindlichen Vorurteilen sowie von Fragen der Sicherheit geprägt. Die Medien trugen ihr Übriges dazu bei, die Stimmung gegenüber Geflüchteten anzuheizen.⁸¹ Diskutiert wurde, „wie voll das Boot in Österreich für Flüchtlinge tatsächlich sei“ oder warum Flüchtlinge aus Rumänien „Wirtschaftsflüchtlinge“ seien.⁸² Die Meinungen polarisierten zwischen Ablehnung und Befürwortung der Aufnahme von Flüchtlingen. Deutlich zeigte sich, das Feindbild „Kommunismus“ generierte Ende der 1980er Jahre keine Sympathien mehr, auch nicht im Burgenland, das für Jahrzehnte eine Grenze mit der Volksrepublik Ungarn geteilt hatte. Menschen, die nun aus den sich transformierten kommunistischen Ländern kamen, galten nicht mehr als politische Flüchtlinge.⁸³

Den negativen Höhepunkt fand die Auseinandersetzung im Februar und März 1990, als vielerorts gegen die Unterbringung von Flüchtlingen demonstriert wurde, so auch in der burgenländischen Gemeinde Kaisersteinbruch. Gemäß den Plänen des Innenministeriums sollten in der dortigen Kaserne 800 männliche rumänische Flüchtlinge untergebracht werden. Dagegen regte

78 ÖStA, AdR, BMAA, II. Pol. 1988, Rumänien 176, 166.03.02–176.04.20, Mappe 02 04, GZ. 176.07.01/245-IV.2/88, Rumänische Flüchtlinge in Ungarn; Übernahme durch Österreich – Verfahren, Wien, 08.09.1988.

79 ÖStA, AdR, BMAA, II. Pol. 1988, Rumänien 176, 166.03.02–176.04.20, Zl. 176.02.04/17-II.3/88, Botschafter Franz Schmid und Gesandter Johann Spitzer an BMAA, rumänische Flüchtlinge in Ungarn, Budapest, 28.10.1988.

80 Bundespressedienst (Hg.), Österreichisches Jahrbuch (1989), S. 97; Bundespressedienst (Hg.), Österreichisches Jahrbuch (1990), S. 133 f.

81 Franz Ferdinand WOLF, Kommentar. Kaisersteinbruch war erst der Anfang. In: Kurier, 10.03.1990; Andrea KRESSBACH, „Unser Problem mit Ausländern“. In: Kleine Zeitung, 20.02.1990.

82 Flüchtlingsland Österreich: Wie voll ist das Boot?. In: Profil. Das unabhängige Nachrichtenmagazin Österreich 12, 19.03.1990; Kurier-Exklusivumfrage zum Flüchtlingsproblem. Die Mehrheit meint: „Das Boot ist voll“. In: Kurier, 11.03.1990, S. 2.

83 Vgl. MATOUSCHEK/WODAK, Rumänien, Roma ...; MATOUSCHEK/WODAK/JANUSCHEK, Notwendige Maßnahmen.

sich in der lokalen Bevölkerung Widerstand: „Rumänien ist frei – wir sind besetzt!“, „Kaisersteinbruch hat Angst“, „Kaisersteinbruch ruft um Hilfe“, war auf aufgestellten Transparenten zu lesen. Die Demonstrant:innen sorgten sich um die Frauen und Kinder und fürchteten die angebliche Belastung für den Ort und die umliegenden Gemeinden. In der Kritik stand das Innenministerium, das über die Köpfe der Bevölkerung hinweg 800 Asylwerber den 200 Dorfbewohner:innen gegenüberstellte.⁸⁴ Die Proteste erreichten ihren Höhepunkt zwischen dem 6. und 8. März, als die örtliche Bundesstraße B10 blockiert wurde.⁸⁵ Die Verhandlungen um eine zufriedenstellende Problemlösung bezogen neben den burgenländischen Landeshauptmann Hans Sipötz (SPÖ), Innenminister Franz Löschnack (SPÖ) auch Bundespräsident Kurt Waldheim ein. Schlussendlich konnte am 8. März 1990 eine Einigung erzielt werden. Der Protest war erfolgreich und das Innenministerium nahm Abstand von dem Plan.⁸⁶

Vorfälle wie in Kaisersteinbruch verstärkten die Kritik am „Flüchtlingsmanagement“ der Regierung. Bemängelt wurde vor allem der unsensible Umgang mit der lokalen Bevölkerung und die ungleiche Verteilung der Flüchtlinge in Österreich. Die Bundesländer im Osten mussten erheblich mehr leisten als jene im Westen, was vor allem der burgenländischen Landeshauptmann Sipötz negativ anmerkte. Er pochte auf eine gerechtere Verteilung im Land.⁸⁷

Die österreichische Bundesregierung reagierte auf die anhaltenden negative Stimmung und die lokalen Proteste mit Restriktionen gegenüber Zuwander:innen und Flüchtlingen.⁸⁸ Wenige Tage nach dem Ende der Demonstrationen in Kaisersteinbruch reformierte das Parlament am 14. März das Pass-, Grenzkontroll- und Fremdenpolizeigesetz sowie die Regelungen der Aufenthaltsberechtigung von Flüchtlingen.⁸⁹ Am 15. März 1990 wurde das Abkommen über visafreien Reiseverkehr mit Rumänien aufgekündigt.⁹⁰ Begründet wurde der Schritt mit der Sorge um die öffentliche Sicherheit und der Liberalisierung der Ausreisemöglichkeiten aus Rumänien. Der befürchtete

84 Vgl. Ulla KREMSMAYER, Ein Dorf macht dicht. Die Bürger von Kaisersteinbruch haben ihre eigenen Vorstellungen von Rumänien-Hilfe. In: Profil, Das unabhängige Nachrichtenmagazin Österreich 12, 19.03.1990, S. 74–75; Landespolizeidirektion Burgenland, GZ 1223/90, LAGER Kaisersteinbruch-Errichtung eines GP-Demos aus Anlass der beabsichtigten Errichtung, Flugblatt, Flüchtlingslager Kaisersteinbruch.

85 Landespolizeidirektion Burgenland, GZ 1223/90, LAGER Kaisersteinbruch-Errichtung eines GPDemos aus Anlass der beabsichtigten Errichtung, Aktenvermerk Gendarmerieposten Bruckneudorf, GZP-88/90, Bruckneudorf, 08.03.1990.

86 SPECKNER, Von drüben, S. 43–50.

87 Flüchtlinge. Kein Land in Sicht. In: Profil 12, 19.03.1990, S. 16–19.

88 Vgl. VOLF, Der politische Flüchtling, S. 433.

89 BGBl. 190/1990, Änderung des Paßgesetzes 1969, des Grenzkontrollgesetzes 1969, des Fremdenpolizeigesetzes und des Bundesgesetzes über die Aufenthaltsberechtigung von Flüchtlingen im Sinne der Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge.

90 Stenographisches Protokoll, 133. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XVII. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch 14. und Donnerstag 15.03.1990.

unkontrollierte Zuzug durch diese Lockerung machten einen solchen Schritt nötig, so die Bundesregierung.⁹¹ Um eine verstärkte Einreise vor Inkrafttreten der Visa-Regelung zu unterbinden, durften rumänische Staatsbürger:innen nur dann einreisen, wenn sie den Besitz von 5000 Schilling (heute um die 360 Euro) pro Person nachweisen konnten oder ein Einreisevisum für ein anderes „westliches“ Land vorweisen konnten. Insbesondere im Burgenland beim Grenzübergang Nickelsdorf kam es zu umfangreichen Kontrollen.⁹²

Weiterhin überquerten die meisten Menschen die österreichisch-ungarische Grenze jedoch illegal, nach Angaben des Außenministeriums waren es im August 1990 etwa 150 bis 200 Personen täglich. Durch beschleunigte Asylverfahren, die größtenteils einen negativen Ausgang nahmen, sollte längeren Aufenthalten in Österreich entgegengewirkt werden.⁹³ Im August 1990 wurde zudem der Einsatz des österreichischen Bundesheeres an der Grenze zu Ungarn beschlossen, um illegale Grenzübertritte zu unterbinden.⁹⁴ 1991 wurde das Asylrecht durch die Novellierung des Asylgesetzes deutlich verschärft.⁹⁵ Darin wurde unter anderem geregelt, dass Flüchtlinge kein Asyl erhielten, wenn sie bereits in „einem anderen Staat vor Verfolgung sicher waren“ (§ 2, Abs. 2).⁹⁶ Während der „Eiserne Vorhang“ fiel, baute die österreichische Bundesregierung ein neues System an Restriktionen auf, um Einreisen zu erschweren.

Conclusio

Das Burgenland war aufgrund seiner geographischen Lage an der Grenze zur Volksrepublik Ungarn im Verlauf des Kalten Kriegs für viele Flüchtlinge die erste Station im „Westen“. Insbesondere in drei großen Fluchtbewegungen aus Ungarn 1956, aus der DDR 1989 und aus Rumänien 1990 stand das Bundesland, was die Organisation von Hilfsleistungen und die Unterbringung betraf, vor Herausforderungen.

Die drei *Case Studies* zeigen, dass das Burgenland bei der Bewältigung der Fluchtbewegungen keine wirklich eigenständige, regionale Asyl- und Flüchtlingspolitik herausgebildet hat, sondern sich an den Vorgaben der Bundespolitik orientierte. Dabei schloss sich die Region den Bemühungen aller österreichischer Bundesregierungen seit 1956 an, welche die Republik in erster Linie als reines Transitland betrachteten, Österreich aber gleichzeitig

91 Flüchtlings- und Wanderungswesen in Österreich. In: BMAA, Außenpolitischer Bericht 1990, S. 422–434, hier S. 424.

92 Landespolizeidirektion Burgenland, GZ 1303/90, Einsatz 14.03.–16.09.1990 in Nickelsdorf, rum. Stang. illegale Einreisen aus Ungarn, Dienstverrichtung an der Staatsgrenze, GZ. 1303/1-2/90.

93 ÖStA, AdR, BMAA, II. Pol., 1990, 502.01.14–502.01.69, Mappe 01 25, GZ. 502.01.25/13-II.3/90, Neuer Missionschef an der ÖB Bukarest; Informationsmappe, 29.08.1990.

94 Flüchtlings- und Wanderungswesen in Österreich. In: BMAA, Außenpolitischer Bericht 1990, S. 422–434, hier S. 427.

95 Vgl. VOLF, Der politische Flüchtling, S. 433.

96 BGBl. 8/1992, Asylgesetz 1991.

über die Hilfe für Geflüchtete als humanitäres Land präsentierten. Im Fall der Fluchtbewegung aus Ungarn 1956 und der DDR 1989 diente das Burgenland als Zwischenstation am Weg in ein anderes Bundesland oder ins („westliche“) Ausland – im Falle der DDR in die Bundesrepublik Deutschland. Einer längeren Unterbringung in Flüchtlingsunterkünften im Burgenland, wie es im Falle der rumänischen Flüchtlinge 1990 angedacht war, standen Lokalpolitik und Öffentlichkeit kritisch gegenüber.

Die Fallstudien zeigen zudem, dass bei der konkreten Betreuung der Flüchtlinge im Bundesland die Landesregierung stark auf das freiwillige Engagement von Helfer:innen und Hilfsorganisationen setzte. So übernahm während der Fluchtbewegung aus Ungarn 1956 beispielsweise der UNHCR die Koordination der gesamten Hilfsleistungen im Burgenland. Als im Sommer 1989 DDR-Bürger:innen über die österreichisch-ungarische Grenze in die Bundesrepublik Deutschland flohen, organisierte das Rote Kreuz die Erstversorgung.

Die Reaktionen der lokalen, burgenländischen Bevölkerung auf die Geflüchteten rangierten hingegen zwischen außerordentlicher Hilfsbereitschaft und massiver Ablehnung. Insbesondere die Fluchtbewegung aus Ungarn im Herbst 1956 und die Hilfsbereitschaft gegenüber DDR-Bürger:innen im Sommer 1989 haben sich tief in das Gedächtnis der Region eingeschrieben. Beide Ereignisse dienen als wichtige erinnerungspolitische Referenzpunkte, die auch bei der Fluchtbewegung 2015, als dem Bundesland erneut die Rolle als Erstasylland zukam, beschworen wurden.⁹⁷ Die Ressentiments, die rumänischen Flüchtlingen im März 1990 entgegenschlugen, gerieten hingegen in Vergessenheit.

Ausschlaggebend für die burgenländische Hilfsbereitschaft war die Frage, ob Geflüchtete temporär oder über einen längeren Zeitraum im Bundesland bleiben würden. Daneben veränderte sich die Wahrnehmung von den Geflüchteten über die Zeit. Wurden ungarischen Flüchtlingen 1956 von Teilen der lokalen Bevölkerung aufgrund einer antikommunistischen Haltung zumindest kurzfristig wohlwollend empfangen, so konnten vielerorts rumänische Flüchtlinge 1990 nicht mehr auf eine ähnliche Unterstützung hoffen. Hinzu kam, dass die vielbeschworene Hilfsbereitschaft spätestens seit den 1980er Jahren im Kontrast zur Verschärfung der Asylpolitik in Österreich stand. Jene, die 1989 aus der DDR flüchteten, stellten hierbei einen Sonderfall dar. Da von Anfang an keine Zweifel bestanden, dass sie von der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen werden würden, war eine breite Öffentlichkeit bereit, temporär großzügige Unterstützungsleistungen anzubieten.

97 MINDLER/NÖSTLINGER/ÖRK Landesverband Burgenland (Hg.), Grenzerfahrungen, S. 69–72; Günter HALLER, Flüchtlingskrise 1956. Menschlichkeit mit Ablaufdatum. In: Die Presse, 12.06.2015, URL: <https://www.diepresse.com/4753365/fluchtlingskrise-1956-menschlichkeit-mit-ablaufdatum> [19.07.2021].

Bibliografie

- Anne APPELBAUM, *Iron Curtain. The Crushing of Eastern Europe, 1944–1956*, New York 2012
- Wolfgang BACHKÖNIG, „Heimat, warum musste ich dich verlassen?“. Ungarnaufstand 1956. Zeitzeugen erzählen, Munderfing 2017
- Wolfgang BACHKÖNIG, *Sommer 1989 ... durch den Eisernen Vorhang in die Freiheit. Zeitzeugen aus drei Staaten erzählen*, Munderfing 2019
- Klaus J. BADE, *Legal and Illegal Immigration into Europe. Experiences and Challenges*. In: *European Review* 12 (2004), 3, S. 339–375
- Pia BAYER (Hg.), *Vom Traum zum Trauma. Der Ungarnaufstand 1956 (Begleitband zur Ausstellung)*, Eisenstadt 2006
- Csaba BÉKÉS/János RAINER/Malcolm BYRNE, *The 1956 Hungarian Revolution. A History in Documents*, Budapest 2002
- Alexander BETTS/Gil LOESCHER/James MILNER, UNHCR. *The Politics and Practice of Refugee Protection*, London 2012
- Emmanuel COMTE, *Waging the Cold War. The Origins and Launch of Western Cooperation to Absorb Migrants from Eastern Europe, 1948–57*. In: *Cold War History* 20 (2020), 4, S. 461–481
- György DALOS, *1956. Der Aufstand in Ungarn*, München 2006
- Károly GÁAL (Hg.), *1956 und das Burgenland. Berichte über die Hilfsaktionen für ungarische Flüchtlinge (Burgenländische Forschungen 75)*, Eisenstadt 1996
- Peter GATRELL, *Free World? The Campaign to Save the World's Refugees 1956–1963*, Cambridge 2011
- Peter GATRELL, *The Unsettling of Europe. How Migration Reshaped a Continent*, New York 2019
- Michael GEHLER, *Bonn – Budapest – Wien. Das deutsch-österreichisch-ungarische Zusammenspiel als Katalysator für die Erosion des SED-Regimes 1989/90*. In: Andrea BRAT/Michael GEHLER (Hg.), *Grenzöffnung 1989. Innen- und Außenperspektiven und die Folgen für Österreich, Wien/Köln/Weimar 2014*, S. 135–162
- Andreas GÉMES, *Austria and the 1956 Hungarian Revolution. Between Solidarity and Neutrality*, Pisa 2008
- Andreas GÉMES, „Wie zwei geschiedene Eheleute“. *Österreichisch-ungarische Beziehungen in den 1950er Jahren*, Graz 2010
- Andreas GÉMES, *Grenze und Krisengebiet. Der Eiserne Vorhang 1956*. In: Josef RIEGLER (Hg.), *Die Steiermark und der ungarische Volksaufstand 1956*, Graz 2010, S. 73–98
- Maximilian GRAF, *Die Welt blickt auf das Burgenland. 1989 – Die Grenze wird zum Abbild der Veränderung*. In: Maximilian GRAF/Alexander LASS/Karlo RUZICIC-KESSLER (Hg.), *Das Burgenland als internationale Grenzregion im 20. und 21. Jahrhundert*, Wien 2012, S. 135–179
- Maximilian GRAF, *Österreich und die DDR 1949–1990. Politik im Schatten der deutschen Teilung*, Wien 2016
- Maximilian GRAF/Sarah KNOLL, *Das Ende eines Mythos?, Österreich und die Kommunismus-flüchtlinge*. In: Bóris KUZMANY/Rita GARSTENAUER (Hg.), *Aufnahmeland Österreich. Über den Umgang mit Massenflucht seit dem 18. Jahrhundert*, Wien 2017, S. 206–229
- Maximilian GRAF, *Das Paneuropäische Picknick im Kontext. Wie Österreich zum Tor in die Freiheit werden konnte und welche Folgen dies hatte*. In: Stefan KARNER/Philipp LESIAK (Hg.), *Der erste Stein aus der Berliner Mauer. Das paneuropäische Picknick 1989*, Graz/Wien 2019, S. 30–60
- Peter HASLINGER, *Flüchtlingskrise 1956 – die ungarische Revolution und Österreich*. In: Jerzy KOCHANOWSKI/Joachim VON PUTTKAMER (Hg.), *1956. (Nieco) inne spojrzenie / Eine (etwas) andere Perspektive*, Warschau 2016, S. 125–156
- Bettina HOFMANN, *Grenze zu Ungarn 1956. Der Stacheldraht fällt*. In: Maximilian GRAF/Alexander LASS/Karlo RUZICIC-KESSLER (Hg.), *Das Burgenland als internationale Grenzregion im 20. und 21. Jahrhundert*, Wien 2012, S. 85–97

- Stefan KARNER, Halt! Tragödien am Eisernen Vorhang. Die Verschlussakten, Salzburg 2013
- Friedrich KERN (mit Unterstützung des BMI), Österreich. Offene Grenzen der Menschlichkeit. Die Bewältigung des ungarischen Flüchtlingsproblems im Geiste internationaler Solidarität, Wien 1959
- Ian KERSHAW, Achterbahn. Europa 1950 bis heute, München 2018
- Heinz KITTELMANN/Tobias MINDLER/Johannes STEINER, Spuren der Menschlichkeit. 90 Jahre Burgenland. Der Beitrag des Roten Kreuz zur Entwicklung des Burgenlands, Eisenstadt 2011
- Sarah KNOLL, Flucht ins Burgenland. Zwischen Hilfsbereitschaft und Ressentiments. In: Oliver RATHKOLB et al. (Hg.), Burgenland schreibt Geschichte 1921–2021 (Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland 168), Eisenstadt 2021, S. 409–424
- Ilko-Sascha KOWALCZUK, Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009
- Karin LIEBHART/Andreas PRIBERSKY, Brücke oder Bollwerk? Grenzland Österreich-Ungarn. In: Emil BRIX/Ernst BRUCKMÜLLER/Hannes STEKL (Hg.), Bauten, Orte, Regionen, Wien 2005, S. 411–441
- Gil LOESCHER, Beyond Charity. International Cooperation and the Global Refugee Crisis, New York/Oxford 1993
- Gil LOESCHER, The UNHCR and World Politics. A Perilous Path, Oxford 2001
- Bernd MATOUSCHEK/Ruth WODAK/Franz JANUSCHKE, Notwendige Maßnahmen gegen Fremde? Genese und Formen von rassistischen Diskursen, Wien 1995
- Bernd MATOUSCHEK/Ruth WODAK, „Rumänen, Roma ... und andere Fremde“. Historisch-kritische Diskursanalyse zur Rede von den „Anderen“. In: Gernot HEISS/Oliver RATHKOLB (Hg.), Asylland wider Willen, Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914, Wien 1995, S. 210–238
- James A. MICHENER, The Bridge at Andau. The Story of the Hungarian Revolution, London 1957
- Tobias MINDLER/Johannes STEINER, Grenzenlose Menschlichkeit. Wie das Rote Kreuz Burgenland 1989 den DDR-Flüchtlingen half, Eisenstadt 2014
- Tobias MINDLER/Sandra NÖSTLINGER/ÖRK Landesverband Burgenland (Hg.), Grenzerfahrungen. Grenze. Flucht. Bewegung. Rotes Kreuz. Burgenland 2015, Eisenstadt 2016
- Ibolya MURBER/Zoltán FÓNAGY (Hg.), Die ungarische Revolution und Österreich 1956, Wien 2006
- Ibolya MURBER, Österreich und die Ungarnflüchtlinge 1956. In: Jahrbuch für Mitteleuropäische Studien 17 (2016), S. 19–43
- Andreas OPLATKA, Der erste Riss in der Mauer. September 1989 – Ungarn öffnet die Grenzen, Wien 2009
- Oliver RATHKOLB, Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2015, Wien 2015
- Bernd SCHÄFER, Die DDR und die „chinesische Lösung“. Gewalt in der Volksrepublik China im Sommer 1989. In: Martin SABROW (Hg.), 1989 und die Rolle der Gewalt, Göttingen 2012, S. 153–172
- Werner SCHWARZ, Ungarn 1956 im österreichischen Kino- und Fernsehfilm. In: Ibolya MURBER/Zoltán FÓNAGY (Hg.), Die ungarische Revolution und Österreich 1956, Wien 2006, S. 313–330
- Hubert SPECKNER, Von drüben ... Die Flüchtlingshilfe des Österreichischen Bundesheers in den Jahren 1956 bis 1999, Wien 2006
- Gerald STOURZH/Wolfgang MUELLER, Der Kampf um den Staatsvertrag 1945–1955. Ost-West-Besetzung, Staatsvertrag und Neutralität Österreichs, Wien/Köln/Weimar 2020
- Dieter SZORGER, Flucht und Hilfe. In: DERS./Pia BAYER (Hg.), Das Burgenland und der Fall des Eisernen Vorhangs. Begleitband zur Ausstellung (Wissenschaftliche Arbeiten zum Burgenland 132), Eisenstadt 2009, S. 22–25
- Judit TÓTH, The Birth of the Hungarian Refugee Administration in 1988–1989. In: Regio. Minorities, Politics, Society 11 (2008), S. 96–145
- Éva VARGA, Technische und mentalitätsgeschichtliche Aspekte des Eisernen Vorhangs an der österreichisch-ungarischen Grenze 1949–1957. In: Peter HASLINGER (Hg.), Grenze im Kopf. Beiträge zur Geschichte der Grenze in Ostmitteleuropa, Frankfurt a. M. 1999, S. 115–137

- Peter J. VEROVŠEK, Screening Migrants in the Early Cold War. The Geopolitics of U.S. Immigration Policy. In: *Journal of Cold War Studies* 20 (2018), 4, S. 154–179
- Patrik-Paul VOLF, Der politische Flüchtling als Symbol der Zweiten Republik. Zur Asyl- und Flüchtlingspolitik seit 1945. In: *Zeitgeschichte* 22 (1995), 11/12, S. 415–435
- Reinhard WENZL, 80 Jahre Burgenland. Von Kalch bis Kittsee, Ebreichsdorf 2001
- Roland WIDDER, Burgenland 1956 – Tangente einer weltpolitischen Episode. In: Károly GÁAL (Hg.), 1956 und das Burgenland. Berichte über die Hilfsaktionen für ungarische Flüchtlinge (Burgenländische Forschungen 75), Eisenstadt 1996, S. 7–45
- Frank WOLFF, Die Mauergesellschaft. Kalter Krieg, Menschenrechte und die deutsch-deutsche Migration 1961–1989, Berlin 2019
- Frank WOLFF, Ungarn 1989, oder: Wie die Genfer Flüchtlingskonvention half, die Berliner Mauer einzureißen. In: *Fluchtforschungsblog*, 06.07.2021, URL: <https://blog.fluchtforschung.net/ungarn-1989-oder-wie-die-genfer-fluechtlingskonvention-half-die-berliner-mauer-einzureisen/> [19.07.2021]
- Brigitta ZIERER, Willkommen Ungarnflüchtlinge 1956?. In: Gernot HEISS/Oliver RATHKOLB (Hg.), *Asylland wider Willen, Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914*, Wien 1995, S. 157–172

Sarah Knoll, Fuggire attraverso la “cortina di ferro”. Il Burgenland come paese di prima accoglienza durante la Guerra fredda

Nonostante la “cortina di ferro”, la fuga fu un fenomeno costante lungo tutto il periodo della Guerra fredda. Il confine – protetto da zone minate, ordine di sparare a vista, aree interdette, filo spinato e torri di guardia – non solo divideva l’Europa sul piano economico, politico e sociale, ma faceva in modo che l’esito di molti tentativi di fuga si concludessero col sangue o addirittura con la morte. Il numero di tentativi riusciti rimase modesto. Nonostante ciò, centinaia di migliaia di persone riuscirono ad arrivare in “Occidente” in particolari occasioni di fughe su larga scala, quando determinate congiunture e decisioni politiche all’interno degli Stati del cosiddetto “blocco orientale” indebolirono l’impermeabilità del confine. Uno dei primi approdi fu la Repubblica austriaca, e specificamente il Burgenland, la regione situata al confine con l’Ungheria.

Il contributo indaga, in chiave comparativa, quali effetti ebbero su questa regione di confine i movimenti di fuga dall’Ungheria nel 1956, dalla DDR (Repubblica democratica tedesca) nel 1989 e dalla Romania nel 1990, inserendoli inoltre nel contesto generale austriaco. In tal modo si vuole rilevare se e come le misure politiche adottate, insieme alle reazioni dell’opinione pubblica, siano cambiate nel corso del tempo e come tali eventi vengano ricordati.

I tre casi di studio mostrano come il Burgenland, nella gestione di tali emergenze, non abbia sviluppato una propria, specifica politica regionale riguardo all’asilo e ai rifugiati, ma si sia sostanzialmente orientato alle direttive della politica federale. Sotto tale aspetto, la regione si allineò infatti alla posizione dei governi di tutti gli altri *Bundesländer*, che fin dal 1956 cercarono di presentare la repubblica austriaca come un paese umanitario, in virtù dell’aiuto ai rifugiati, ma intendendola principalmente come puro paese di transito. Nel

caso dei movimenti di rifugiati dall'Ungheria nel 1956 e dalla DDR nel 1989, il Burgenland rappresentò una tappa sulla strada verso un altro *Bundesland* austriaco oppure verso un paese straniero "occidentale", nel caso della DDR verso la Repubblica federale tedesca (BRD). L'ipotesi di una permanenza più lunga dei rifugiati nelle strutture di accoglienza del Burgenland – come prospettato nel caso dei rifugiati rumeni nel 1990 – incontrò la netta avversione da parte della politica e dell'opinione pubblica locale.

I casi di studio rivelano anche come, nella cura effettiva dei rifugiati, il governo regionale abbia fatto ampio ricorso all'impegno di volontari e volontarie nonché alle organizzazioni umanitarie. Nel caso della fuga dall'Ungheria del 1956, per esempio, l'Ufficio dell'Alto commissariato delle Nazioni Unite per i rifugiati (UNHCR) assunse nel Burgenland il coordinamento dell'intera operazione di soccorso. Quando nell'estate del 1989 cittadini e cittadine della DDR attraversarono il confine austro-ungherese per fuggire nella BRD, fu la Croce Rossa a organizzare la prima assistenza.

Dal canto suo, la popolazione del Burgenland sviluppò verso i rifugiati atteggiamenti diversissimi, che andarono dalla straordinaria disponibilità fino al deciso rifiuto. In particolare la fuga dall'Ungheria nell'autunno del 1956 e la volontà di aiutare i cittadini della DDR nell'estate del 1989 rimasero profondamente impresse nella memoria collettiva della regione e ancora oggi sono riferimenti spesso evocati sul piano politico, come è accaduto in occasione dell'arrivo di rifugiati del 2015, quando il Burgenland si ritrovò di nuovo a essere paese di primo asilo. Al contrario, i risentimenti con cui furono accolti i rifugiati rumeni nel marzo 1990 caddero nel più profondo oblio.

La durata dell'accoglienza (temporanea oppure più estesa nel tempo) segnò nel Burgenland il principale discrimine riguardo all'atteggiamento di disponibilità. Oltre a ciò, nel tempo cambiò la percezione dei rifugiati. Nel 1956 i rifugiati ungheresi furono, almeno inizialmente, ben accolti da una parte della popolazione locale e considerati come "combattenti per la libertà" sulla base del diffuso sentimento anticomunista. Nel 1990, invece, in molte località i rifugiati rumeni non poterono contare su un sostegno di questo tipo. Va sottolineato, inoltre, che la tanto decantata disponibilità umanitaria era ormai in contrasto, almeno dalla metà degli anni Ottanta, con l'irrigidimento della politica d'asilo in Austria. I rifugiati della DDR rappresentarono un caso speciale: visto che sin dall'inizio fu chiaro che sarebbero stati accolti dalla BRD, un vasto pubblico si mostrò disponibile a offrire un generoso sostegno temporaneo.